

Nichtregierungsorganisationen als Akteure für „Globale Soziale Rechte“

Thomas Gebauer

I.

NGOs – politische Lichtgestalt oder Teil eines erweiterten Staates?

„Nichtregierungsorganisationen“ (engl. NGOs) in einem Atemzug mit dem Eintreten für „Globale Soziale Rechte“ zu nennen, liegt fraglos nahe, macht die Sache, um die es geht, aber nicht einfacher: Zur Interpretationsbedürftigkeit des einen Begriffs gesellt sich nur die Unschärfe eines weiteren. Der Terminus NGO jedenfalls steht für eine bunte und schillernde Vielfalt von Akteuren, die kaum bündig zusammenzufassen sind. Lokale Bürgerinitiativen gehören dazu, sozialpolitisch tätige Vereine, gemeinnützige Hilfswerke, aber auch global agierende Öko-Profis und internationale Menschenrechtsorganisationen. Trotz der großen Heterogenität sowohl in den Formen als auch in den Interessen, gelten NGOs nicht wenigen Sozialwissenschaftlern als die politische Lichtgestalt der Gegenwart. Viele sehen darin die einzig verbliebene Kraft, die zur Durchsetzung notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen noch imstande wäre.

Der organisatorischen wie thematischen Breite von NGOs werde ich im Rahmen dieses Beitrages nicht entsprechen können. Ich will mich deshalb auf einen Ausschnitt von NGO-Arbeit beschränken, der allerdings für die Idee der „Globalen Sozialen Rechte“ von Bedeutung ist. Es geht um den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechtspolitik, mithin um Handlungsfelder, in denen NGOs wie *medico international*, für die ich nun bald 30 Jahre tätig bin, aktiv sind.

medico international streitet für das Recht aller Menschen auf Zugang zu bestmöglicher Gesundheitsversorgung. Den konzeptionellen Rahmen der

Arbeit bilden die „Allgemeine Deklaration der Menschenrechte“ (1948), die „Internationale Konvention über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Menschen“ (1966) sowie die „Primary Health Care“-Strategie der Weltgesundheitsorganisation (1978). *medico* versteht Gesundheit als eine politische Affäre, die weder auf eine Norm verweist, noch technisch-pragmatisch zu definieren wäre. Nicht die Zahl verfügbarer Ärzte, Krankenhausbetten und Arzneimitteln entscheidet über die gesundheitliche Lage von Menschen, sondern der Zugang zu Einkommen und Land, die Verfügbarkeit einer angemessenen Ernährung, die Existenz einer intakten Umwelt, die Respektierung der Menschenrechte, etc. So wichtig lebensrettende Medikamente für die Bekämpfung von Krankheiten sein können, so sehr hängt Gesundheit – verstanden als vollständiges physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden – von (welt-)gesellschaftlichen Verhältnissen ab, die allem Menschen ein Leben in Würde und sozialer Gerechtigkeit garantieren.

Entsprechend zielt die Hilfe, die *medico* leistet, nicht alleine auf ein bloßes Abmildern von Not und Abhängigkeit, sondern auf deren nachhaltige Überwindung. Nicht um Almosen oder barmherzige Gesten geht es, sondern um die Förderung selbstbestimmter Lebenspraxen und damit die Unterstützung von Prozessen, die auf die Aneignungen und Verwirklichung von sozialen Rechten drängen. Derart ist Hilfe Teil eines umfassenden politischen Handelns, das die strukturellen Ursachen von Elend und Not bekämpft. Die Welt leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen.

NGOs im Globalisierungsprozess

Angesichts der weltweiten Zunahme von Armut, Gewalt und ökologischer Zerstörung, angesichts eines Fortschritts, der sich allerdings als fortschreitende Katastrophe darstellt, kann von Politik mit dem Ziel der Gestaltung menschenwürdiger sozialer Verhältnisse kaum noch die Rede sein. Immer offenkundiger konzentriert sich staatliche Politik auf ein autoritäres Management von Gefahren und Krisen. Nicht gesellschaftliche Alternativen bestimmen die politische Debatte, sondern die möglichst effiziente Verwaltung des Status quo. Technologische Risiken, soziale Deregulierung und die wirtschaftliche Zerrüttung ganzer Weltregionen gelten als unumstößliche „Sachzwänge“ und nicht zu verhindernde „Kollateralschäden“, die mit der globalen Entfesselung des Kapitalismus notwendig einhergehen. Staatliche Politik ist weitgehend auf die Anpassung des Sozialen an ökonomische und technische Erfordernisse verkümmert.

Die globale Entfesselung des Kapitalismus aber hat nicht nur zu einem Kahlschlag in der Umwelt- und Sozialpolitik geführt, sondern die politischen Spielräume der Nationalstaaten insgesamt beschränkt. Die bürgerlich-liberalen Repräsentations- und Legitimationsformen wurden in ihren Grundfesten erschüttert, als weltweit tätige Konzerne sich der nationalstaatlichen Regulation zu entziehen begannen und staatliche Politik auch nicht mehr imstande war, grenzüberschreitenden Problemen wie etwa dem Klimawandel, der internationalen Schattenwirtschaft, dem Waffenhandel zu begegnen.

Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Globalisierung hat sich auf politischer Ebene kein „Weltstaat“ herausgebildet, der zu einer demokratisch legitimierten Regulation der Verhältnisse befähigt wäre. Relevante politischer Entscheidungen werden immer häufiger durch internationale Institutionen und Organisationen getroffen, ohne dass diese über herkömmliche Formen einer demokratisch-parlamentarischen Kontrolle ausreichend legitimiert wären. Zwar trifft man auch in der Weltbank, dem IWF, der WTO, der G8 oder der EU-Kommission noch auf Politiker, die irgendwann und irgendwo aus Wahlen hervorgegangen sind, doch sind die Legitimationsketten, die vom heimischen Wahlkreis bis eben in internationale Gremien und Institutionen reichen, bereits so lang, dass von Transparenz und demokratischer Kontrolle nicht mehr die Rede sein kann.

Auf diese Weise stehen die Staaten heute in gleich doppelter Weise unter Legitimationsdruck. Sie sind kaum noch zu einer Politik imstande, die über die Absicherung ökonomischer „Standort“-Interessen hinausreicht und treffen zugleich wesentliche Entscheidungen in einer immer weniger durchschaubaren und kontrollierbaren Weise.

Die Folge ist eine immer größer werdende Lücke zwischen den Sphären der Staatlichkeit und den Bevölkerungen, und eben diese Lücke hat auch ein außerhalb des traditionellen Regierungshandeln liegendes politisches Engagement begünstigt: die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen, von NGOs. Sie drängen auf öffentliche Kontrolle und rationale Gestaltung einer „Weltpolitik“, die vor allem unter einem leidet: - einer allgegenwärtigen Krise der Legitimation. So gesehen drückt sich in dem Aufblühen von NGOs nicht nur ein Zugewinn an Demokratie aus, sondern gerade auch dessen Gegenteil: ein wachsender Mangel an Demokratie (vgl. Gebauer 2007)

Veränderungen des Handlungsrahmens von NGOs

Parallel zur neoliberalen Umgestaltung der Welt haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit von NGOs

verändert – und mit ihnen auch viele der NGOs. Die Zeiten, in denen die Entwicklungspolitik noch ein Freiraum für „linke Politik“ oder auch nur für moralisch gesinnten „Gutmenschen“ bot, sind vorbei.

Haben NGOs früher „von unten“ auf die Lücken reagiert, die der Globalisierungsprozess in der Sphäre der Staatlichkeit geschlagen hat, werden sie heute mehr und mehr „von oben“ in Dienst genommen und systematisch in Herrschaftsstrategien integriert.

Im Einzelnen sind fünf Tendenzen der Veränderung auszumachen:

- die zunehmende Einbettung der Arbeit von NGOs in Strategien der Herrschaftssicherung,
- die Instrumentalisierung des Menschenrechtsdiskurses,
- die Umdeutung von Ideen der Selbstbestimmung im Rahmen neoliberaler Aktivierungsstrategien,
- die Kapitalisierung des sozialen Handelns und
- der Verlust kritischer Reflexion.

Einbettung in Herrschaftsstrategien

Im Zuge des Abbaus staatlicher Sozialpolitik, der in den Ländern des Südens viel weiter vorangeschritten ist als in denen des Nordens, sind NGOs mehr und mehr für Aufgaben in Dienst genommen worden, die früher in staatlicher Verantwortung liegen haben. Es mag merkwürdig klingen, doch droht mit der Privatisierung des Staates - sozusagen als gegenläufiger Prozess - auch die Staatswerdung der NGOs. Seiner Fürsorgeverantwortung jedenfalls kann sich der Staat nur in dem Maße entledigen, wie er sie partiell an nichtstaatliche Akteure überträgt, die schließlich als Teil eines „erweiterten Staates“ betrachtet werden können. Das Zusammenwirken muss dabei nicht immer so krass zu Tage treten wie im Falle jener deutschen NGO, die vor einige Jahren damit warb, mit Spendenmitteln die Arbeit der Bundeswehr im Kosovo zu finanzieren.

NGOs opponieren nicht nur gegen bestehende Missstände, sondern kümmern sich auch um deren Milderung. Sie helfen beim Abfedern der negativen Folgen des Globalisierungsprozesses, sorgen für notwendige Reparaturen am System und damit auch für die Stabilisierung eines prekären Status Quo, aus dem notwendig soziale Marginalisierung und Ausgrenzung resultieren.

Zur „Zulieferfunktion“ von NGOs zählt das Thematisieren drängender gesellschaftlicher Probleme („agenda-setting“), die Mobilisierung von Sachverstand, die Entwicklung von Ethik-Konzepten, das Erarbeiten von Lösungsvorschlägen sowie Überwachungs- und Evaluierungsaufgaben. All das mag Verbesserungen bringen, sorgt aber zugleich auch für die Sicherung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

Als Agenturen der Ideologiebildung helfen NGOs darüberhinaus bei der Überwindung politischer Legitimationsdefizite. Deutlich wird das beispielsweise im Umgang mit der herrschenden Krisendynamik.

„Tausend Fragen. Eine Antwort. Helfen.“ lautet der Slogan, mit dem ein deutsches Hilfswerk für die eigene Arbeit wirbt. In einer Welt, die in Gewalt und Elend zu versinken droht, gewiss ein großartiges Versprechen. Eines, das selbstbewusst daherkommt und die Lösung für so viele Ungewissheiten reklamiert. Was Wunder, dass heute humanitäres Engagement hohes Ansehen in der Öffentlichkeit genießt. Kaum ein Fernsehkanal, der nicht mit Spendengala, Talkrunde oder Benefizkonzert immer wieder die Hilfe und die Helfer feierte. In dem Bild, das sich die medial gestützte Öffentlichkeit von wirksamer Hilfe macht, steht das Zupacken im Vordergrund. Nicht (entwicklungs-) politisch denkende Internationalisten, die auf strukturelle Eingriffe drängen, gelten heute als glaubwürdig, sondern jene grenzenlose Helfer, die nicht erst lange nach Ursachen und Hintergründen fragen, sondern unmittelbar und zwischen allen Fronten zupacken (vgl. medico international 2003).

Solche sich politisch gebende Hilfe ist nicht frei von Legitimationsbemühungen. Eine Welt, die in Reiche und Arme, Machtvolle

und Machtlose, Privilegierte und Gedeemütigte gespalten ist, mag Anstoß erregen. Wer aber könnte etwas gegen eine Welt einwenden, in der es nur noch Helfer und Hilfsbedürftige gibt? Selbst extremste Spaltungen und Missstände erhalten auf diese Weise ein menschliches Antlitz. Humanitäre Hilfe gerät zum Substitut von Politik, das für fehlende bzw. falsche Politik entschädigen soll. Die Folgen, die daraus für die Verlierer der Globalisierung resultieren, sind extrem. Diejenigen, die dem global entfesselten Kapitalismus entbehrlich sind, die Marginalisierten und Ausgegrenzten werden nur noch unter Umständen integriert, die Giorgio Agamben als „Lager“ bezeichnet. Allen Rechten beraubt, sind sie sozusagen vogelfrei; einzig die Rettung des „nackten Lebens“ scheint noch möglich:

„Die Trennung zwischen Humanitärem und Politischem, die wir heute erleben“, schreibt Giorgio Agamben in seinem Buch „Homo Sacer“, „ist die extremste Phase der Entfernung zwischen den Menschenrechten und den Bürgerrechten. Letztlich können die humanitären Organisationen, die heute mehr und mehr zu den übernationalen Organen aufrücken, das menschliche Leben nur noch in der Figur des nackten Lebens erfassen und unterhalten deshalb gegen ihre Absicht eine geheime Solidarität mit den Kräften, die sie bekämpfen sollten.“ (Agamben 2002)

Ideell verfügen die Menschen zwar noch über Rechte, sie sind aber nichts mehr wert, weil ihnen sowohl die materielle wie auch die politisch-gesellschaftliche Untermauerung genommen wurden.

Indienstnahme des Menschenrechtsdiskurses

Bemerkenswert ist, dass parallel zum Bedeutungszuwachs einer „unpolitischen“ humanitären Hilfe auch die öffentliche Beschäftigung mit den Menschenrechten zugenommen hat. Die Medien fordern ihre Einhaltung, Politiker handeln in ihrem Namen, transnationale Konzerne verweisen auf eine Corporate Social Responsibility und Sozialstandards, die selbst noch für die ans andere Ende der Welt ausgelagerten

Produktionsstätten gelten sollen. Selbst Militärs führen bekanntlich nicht mehr Krieg, sondern intervenieren aus humanitären Gründen. Das klingt alles nicht schlecht, verstellt aber den Blick für die Wirklichkeit. Denn nicht nur der Menschenrechtsdiskurs hat zugenommen, die Menschenrechtsverletzungen haben es auch.

Deutlich wird, dass die pure Anrufung der Menschenrechte immer weniger trägt. Längst haben sich die Mächtigen des globalen Nordens auch des Menschenrechtsdiskurses bemächtigt und begründen beispielsweise mit dem Verweis auf berichtete Menschenrechtsverletzungen militärisches Eingreifen. In der Regel sind es aber nicht humanitäre Gründe, die zu Interventionen führen, sondern politische und wirtschaftliche Interessen, die nur mit menschenrechtlicher Argumentation camoufliert werden. Träger von Menschenrechten sind die Menschen im globalen Süden nur dann, wenn die Folgen der neoliberalen Ausgrenzungspolitik, wenn Staatszerfall und die damit einhergehende Informalisierung von Gewalt außer Kontrolle geraten. Aus Bomben werden dann „humanitäre Bomben“; aus Streitkräften Aufbauhelfer.

Vieles deutet daraufhin, dass es weniger die Sorge um universelle Rechte ist, die die herrschende Menschenrechtspolitik im Auge hat, als vielmehr die Sicherung ökonomischer Vorherrschaft und damit partikularer Interessen. Der utopische Überschuss, mit dem die Menschenrechte bei der Gründung der bürgerlichen Gesellschaften formuliert wurden, ist ganz offensichtlich einem „nachutopischen Pragmatismus“ gewichen. Explizit betrachtet die Europäische Union Menschenrechtspolitik als ein Instrument der Gefahrenabwehr und Krisenbewältigung – gleichrangig mit Handel, Polizei und Militär. Und so stehen die Menschenrechte heute im Verdacht, der ideologischen Unterfütterung einer „weißen Dominanzkultur“ zu dienen.

Mit der Instrumentalisierung des Menschenrechtsdiskurses aber lässt sich auch Innenpolitik betreiben. So wenig erfolgreich der „Krieg gegen den Terror“ im globalen Kontext gewesen ist, so wirksam war er nach innen.

Denn der „Krieg gegen den Terror“ folgt einer teuflischen Logik, die es schließlich sogar zulässt, im Kampf um die Menschenrechte ausgerechnet die Menschenrechte selbst außer Kraft zu setzen. Die Botschaft ist simple und perfide: Die Welt steht am Abgrund; Terror und Verderben überall. Wer überleben will, muss nicht nur bereit sein, die eigene Sicherheit durch militärische Interventionen an allen Enden der Welt zu verteidigen, sondern auch auf einen Teil seiner eigenen Rechte zu verzichten.

Ohne Frage ist die Vorstellung, die NATO sei der bewaffnete Arm von amnesty international, skurril. Und doch greifen solche Ideen um sich. Sie werden angetrieben von einer allerdings beängstigenden Ideologie, zu deren Kern die Verschmelzung von Macht und Moral gehört. Im Extrem ist das im Selbstbild der US-amerikanischen „Neocons“ zu beobachten, die in fast schon pathologischer Selbstidealisation davon überzeugt sind, dass mit der Förderung eigener nationaler Interessen auch die Förderung universeller Menschenrechte einhergeht. Es sei ein göttlicher Auftrag, so Bush, überall dort in der Welt militärisch einzugreifen, wo der Status Quo und die eigenen Privilegien gefährdet würden.

Auf diese Weise hat sich der Bezugsrahmen für die Menschenrechte in den zurückliegenden Jahren beträchtlich verändert. Mehr und mehr ist die Grenze zwischen Macht und Moral verschwommen. Existierte zur Macht früher noch das moralische Korrektiv der Öffentlichkeit, umgeben sich die Mächtigen heute selbst mit der Aura moralischer Verantwortung. Dabei lädt sich die Macht moralisch auf, lässt militärisches Handeln als humanitäres erscheinen und schafft so die Voraussetzungen, selbst noch den Bruch des Völkerrechts legitim erscheinen zu lassen (Gebauer 2004)

Selbstverständlich ist die Instrumentalisierung von Menschenrechten für sicherheitspolitische Zwecke nicht unwidersprochen geblieben. Vor allem Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen haben immer wieder Kritik an der Vorstellung geführt, es gebe so etwas wie „altruistische Kriege“ oder gar „humanitäre Bomben“. Bedenklich stimmt, dass solche Kritik von den Medien kaum noch verstanden wurde. Im Falle Afghanistans befand

selbst eine Zeitung wie die SZ, dass „unsere Jungs“ doch endlich mal was Vernünftiges tun würden. Während sich Menschenrechtsaktivisten dem Vorwurf ausgesetzt sahen, nichts gegen die Gewalt unternehmen zu wollen, glänzten die Militärs in der Rolle der Kavallerie, die im „Western“ bekanntlich immer dann ihren Auftritt hat, wenn es um die finale Rettung der Zivilisation aus den Klauen der Barbarei geht.

Inzwischen hat die Verkehrung der Rollen von Militärs und Wiederaufbauhelfern absurde Ausmaße angenommen. In einem Tagesthemen-Kommentar hieß es im Herbst 2006, die Bundeswehr hätte in Afghanistan unter dem Schutz ziviler Aufbauorganisationen wertvolle Arbeit geleistet. Man muss solchen Unsinn leider Ernst nehmen. Tatsächlich besteht die Gefahr, dass der „Schwarzer Peter“ für das Scheitern in Afghanistan der Entwicklungshilfe zugeschoben werden wird: Sie habe es nicht vermocht, für ein sicheres Umfeld zu sorgen.

Neoliberale Aktivierungsstrategien

Die Instrumentalisierung des Menschenrechtsdiskurses korrespondiert mit einem zunehmenden Bedeutungsverlust der „Internationalen Konvention über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“ (kurz: UN-Sozialpakt). Nicht die gesellschaftliche Verpflichtung zur sozialen Sicherung aller steht heute auf der politischen Tagesordnung sondern der Appell zu mehr individueller Eigenverantwortung. Darin liegt der Kern jeder neoliberalen Aktivierungsstrategie, die für NGOs, die einen kritischen Begriff von Hilfe pflegen, deshalb problematisch sind, weil emanzipatorische Politik ja ihrerseits auf die Ausweitung von Autonomie drängt. Der neoliberale Appell zu mehr Eigenverantwortung zielt aber nicht auf mehr Selbstverwaltung und Autonomie, sondern nachgerade auf deren Schwächung. Er ergeht in dem Augenblick, in dem durch Entsolidarisierung und Sozialabbau einer „selbstverwalteten Lebenspraxis“ wichtige Voraussetzungen entzogen werden.

Bei aller Notwendigkeit, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse zu kritisieren, sollte nicht übersehen werden, dass der bewusste Ausstieg aus formaler Lohnarbeit, der Gründung alternativer Lebensformen, die Ablehnung staatlicher Fürsorge, die Zurückweisung konsumistischer Bedürfnisse etc. immer auch Teil der Kritik an den herrschenden Verhältnisse gewesen ist. Heikel wurde die Sache erst, als sich der Kapitalismus solcher Ausstiegsideen zu bemächtigen begann und nun zum Wohle der Rendite auf die Liberalisierung der Arbeitsmärkte und den Abbau staatlicher Sozialpolitik drängte.

Heute sind es die wirtschaftliche Eliten, die Eigenverantwortung und Ehrenämter predigen. Dabei lassen sie geflissentlich außer Acht, dass ohne funktionierende Gesellschaftlichkeit, ohne Solidarität und ohne die Respektierung sozialer Rechte auch eigenverantwortliches Leben nicht möglich ist. Die freie Entfaltung aller und jedes einzelnen gelingt nur auf der Grundlage einer verlässlichen sozialen Sicherung - am besten durch ein garantiertes Grundeinkommen und eine allen zugängliche soziale Infrastruktur. Wo dagegen Kommerzialisierungs- und Privatisierungsprozesse den Zugang zu Bildung, Gesundheit und Kultur einschränken, wo nicht Rechtsansprüche über die Versorgung mit Gesundheitsleistungen entscheiden sondern die individuelle Kaufkraft, wo Bildung unerschwinglich teuer wird und die Konkurrenz aller gegen alle für Entsolidarisierung sorgen, dort ist auch die freie Entfaltung der Menschen eingeschränkt.

Unter solchen Umständen verkümmert Hilfe zu einem perfiden „Fördern und Fordern“. Unterstützungsleistungen sind zwar noch vorgesehen, doch an Gegenleistungen gebunden. Rechte werden in Pflichten umgedeutet, auf die nun der Staat bzw. die Gesellschaft einen Anspruch zu haben vorgibt. So verwandelt sich das Recht auf Gesundheitsversorgung in eine Pflicht zur Gesundheit, um hochflexibel und jederzeit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, den Sozialversicherungsträgern nicht zur Last zu fallen, - mit anderen Worten: der privaten Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums nicht im Wege zu stehen. Derart

wird der UN-Sozialpakt, der die Pflichten von (staatlich verfassten) Gesellschaften gegenüber ihren Mitgliedern regelt, auf den Kopf gestellt.

Neoliberale Aktivierungsstrategien, die unternehmerische Lebensführung dort propagieren, wo öffentlicher Verantwortung gefragt ist, sind heute überall auszumachen: im globalen Süden wie im globalen Norden. Dort sind es Entrepreneurship-Modelle, zu denen sich „user fees“ und Mikrokredite gesellen, hier sind es Ich-AGs, Studiengebühren, Zuzahlungen zu Gesundheitskosten, etc.

Zur Perfidie dieser Aktivierungsstrategien gehört, dass schließlich jene, die sich Bildung, Gesundheit oder die Teilhabe am kulturellen Leben nicht leisten können, selbst für ihre Lage verantwortlich gemacht werden können. Auf diese Weise lassen sich soziale Gegensätze und Abhängigkeiten höchst wirksam verdecken. Das Gerede von Eigenverantwortung dient nicht zuletzt der Verschleierung von Umständen, die die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander gehen lassen.

Ökonomisierung

In allen sozialen Berufen ist heute zu erfahren, wie die Bedürfnisse hilfsbedürftiger Menschen von den Interessen der politischen und wirtschaftlichen Macht überlagert werden. Auch der Erfolg von Sozialarbeit und Entwicklungshilfe wird immer weniger im Kontext nachhaltiger sozialer Veränderung gesehen, sondern technisch-pragmatisch gemessen. Belege für eine effiziente Flüchtlingshilfe beispielsweise sind heute die Zahl der versorgten Menschen, die Menge versandter Hilfsgüter, die Kapazität von Nachschubwegen. Dagegen sind Antworten auf die Fragen, was mit den Flüchtlingen über die geleistete Hilfe hinaus geschieht, wie in ihren Herkunftsländern soziale Entwicklung und Frieden (zurück) zu gewinnen sind, wie ihnen soziale Perspektiven eröffnet werden können, fast schon unerheblich.

Systematisch ist Hilfe aus dem Kontext des sozialen Handelns herausgelöst worden und droht zu einer Ware wie jede andere zu verkommen. Nicht mehr die Ansprüche und Bedürfnisse Hilfe suchender Menschen stehen im Vordergrund, sondern die Interessen der Finanzgeber, bürokratische Zielvorgaben und schließlich Controlling-Verfahren, die zu einer Art „Ver-Betriebswirtschaftlichung“ bzw. „Managerialisierung“ des sozialen Handelns führen.

Gesundheitsdienste, die Sozialarbeit, die Pflege, ja auch die Entwicklungshilfe – Sphären, die bis vor kurzem noch als Residuen einer anderen, einer solidarischen Ökonomie gegolten haben -, sind längst ins Blickfeld kapitalistischer Verwertungsinteressen geraten. Hilfe wird zum Business, wobei die Kapitalisierung des Sozialen den Tod des Sozialen bedeutet.

Eine Zurückweisung dieser Ökonomisierung spricht selbstverständlich nicht gegen Ökonomie als solche. Auch das Soziale hat eine wirtschaftliche Seite und verlangt einen rationalen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Dieses Wirtschaftlichkeitsgebot ist weder neu noch unvernünftig, liefert dem Neoliberalismus aber die Grundlage, die Verkehrung der zugrunde liegenden Prinzipien ideologisch durchzusetzen. Wirtschaftlichkeit steht dann nicht mehr im Interesse einer möglichst rationalen Entsprechung menschlicher Bedürfnisse (dem Anspruch auf Gesundheit, Bildung oder Kommunikation), sondern dient allein der Maximierung der Rendite. Schritt für Schritt werden so die materiellen und politischen Voraussetzungen von (globalen) sozialen Rechten abgeschafft.

Verlust kritischer Reflexionsfähigkeit

Besonders bedenklich stimmt, dass solche Entwicklungen zunehmend weniger kritisch reflektiert werden. Namentlich die Arbeit von NGOs wird kaum noch im Widerspruch zwischen Herrschaftsstrategien und emanzipatorischer Politik wahrgenommen.

Der lange Zeit hoch im Kurs stehende Grundsatz: „Gib dem Hungernden einen Fisch, und er ist einen Tag satt; lehre ihn fischen, und er wird immer satt sein“, wirkt heute merkwürdig angestaubt, fast schon überkommen. Wer im Angesicht eines hungernden Kindes nach den Ursachen des Hungers fragt, gilt in den Augen der Öffentlichkeit als wenig glaubwürdig, mitunter sogar als Unmensch.

Als der frühere Umweltminister Trittin anlässlich der Zerstörung von New Orleans durch den Hurrikans Katrina die Zunahme ökologischer Desaster in den Kontext ungebremster Schadstoffemissionen stellte und damit das tat, was man von einem aufgeklärten Politiker eigentlich erwarten sollte: nämlich nach Ursachen zu forschen, um dafür sorgen zu können, dass sich Katastrophen nicht wiederholen, wurde ihm nicht Zustimmung zuteil, sondern der Vorwurf, er würde die Not von Menschen politisch missbrauchen. Trittin wurde zurückgepiffen von denen, die den Prozess der Globalisierung gerne als eine ökonomische Zwangsläufigkeit präsentieren, der politisch nicht gesteuert, nur hier und da ein wenig abgefedert werden kann.

Die Globalisierung, so wie sie stattgefunden hat, aber ist keine Zwangsläufigkeit. Sie ist das Ergebnis einer Politik, die der französische Soziologe Pierre Bourdieu – scheinbar paradox - als „Politik der Entpolitisierung“ beschrieben hat (Bourdieu 2001). Mir scheint, dass diese Politik inzwischen auch in den Konzeptionen von Hilfe ihren Niederschlag gefunden hat.

Viele der heutigen Helfer jedenfalls halten sich nicht mehr lange mit den Hintergründen einer Krise auf. Wo früher das Streben nach einer besseren Welt zum Handeln motivierte, herrscht heute ein zupackender Pragmatismus, der gar nicht erst den Anspruch erhebt, sich politisch einmischen zu wollen.

Emblematisch für die Vorstellung, die große Teile der Öffentlichkeit von einer glaubwürdigen Hilfe hat, steht das Bild des weißen Hubschrauberpiloten, der vor einigen Jahren, als Mosambik von einer katastrophalen Überschwemmung heimgesucht wurde, ein neugeborenes Baby samt seiner Mutter aus einem umfluteten Baum rettete. Genau dieses Bild symbolisiert die von außen einschwebende und meist gleich wieder verschwindende Hilfe, für die es keinen Kontext mehr zu geben scheint und so auch keine Gesellschaftlichkeit. Die Möglichkeit der Rettung des Einzelnen versöhnt mit der katastrophalen Entwicklung der Welt, die so sehr der Rettung bedürfte.

II. Die Aneignung und Durchsetzung Globaler Soziale Rechte

Die Hindernisse, die der Durchsetzung „Globaler Sozialer Rechte“ im Wege stehen, sind enorm, aber nicht unüberwindbar. Auch wenn der Neoliberalismus noch immer sein Unwesen treibt, ist seine Ideologie doch erschüttert. Immer offenkundiger wird die katastrophale Bilanz neoliberaler Globalisierungsstrategien - und immer dringlicher die Entwicklung tragfähiger Alternativen. Diese Lage eröffnet auch kritischen NGOs neue Chancen. Sie können sich wirkungsvoll für die Verwirklichung von „Globalen Sozialen Rechte“ engagieren, wenn sie für dreierlei sorgen: für einen differenzierender Blick auf das einige Tun, für die strategische Verortung von NGO-Arbeit im gegenwärtigen politischen Prozess und für einen kritischen Menschenrechtsbegriff.

Kritische Not- und Entwicklungshilfe

Ausgangspunkt für ein kritisches Verständnis von Hilfe ist die Erkenntnis, dass Hilfe grundsätzlich zweiseitig ist. Sie kann der nachhaltigen Überwindung von Not und Unmündigkeit dienen und damit Teil emanzipatorischer Politik sein, sie kann aber auch zur Stabilisierung von Verhältnissen beitragen, aus denen Not und Abhängigkeit systematisch resultieren.

Einen überaus interessanten Ansatz, wie solchen Ambivalenzen zu entkommen ist, hat die Redaktion der Zeitschrift „Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich“ vorgelegt. Um den emanzipatorischen Gehalt von Hilfe gegenüber den Anteilen, die auf Herrschaftssicherung zielen, zu stärken, muss kritische Sozialarbeit darum bemüht sein, bestehende Hilfsangebote zugleich zu verteidigen, zu kritisieren und zu überwinden (Widersprüche 2006).

„Verteidigen, Kritisieren, Überwinden zugleich“ – das mag auf den ersten Blick paradox anmuten, entpuppt sich bei näherer Betrachtung aber als einzig gangbarer Weg. Weil im Zuge der Entfesselung des Kapitalismus die Risiken für Krankheit, Armut, Marginalisierung zugenommen haben, gilt es selbstverständlich die bestehenden Formen sozialer Sicherungen zu verteidigen. Ein solches defensives Verhalten dispensiert aber nicht von der Notwendigkeit, die Möglichkeiten der Disziplinierung und der Schaffung von Abhängigkeiten, die in allen Hilfsangeboten schlummern, zu kritisieren. Weil sich obendrein gesellschaftliche Antagonismen niemals per Hilfe überwinden lassen, ist zugleich die Suche nach alternativen Strategien notwendig, mit denen emanzipatorische Prozesse unterstützt (und nicht vereitelt) werden - und eben das meint überwinden. Es ist die Gleichzeitigkeit des „Verteidigens, Kritisierens, Überwindens“ von Hilfsangeboten, die aus Hilfe ein Teil eines umfassenden politischen Handelns werden lässt, das auf die nachhaltige Überwindung von Not und Abhängigkeit drängt.

Drei Beispiele aus der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit mögen verdeutlichen, dass die Verwirklichung von menschengerechter und selbstbestimmter Lebensverhältnisse nur dort gelingt, wo sie von unten durchgesetzt werden, wo Hilfe auf Selbsthilfe trifft und sich das Streben nach Autonomie auf der Aneignung der dafür notwendigen Ressourcen gründet.

El Tanque/Nicaragua

El Tanque (dt. Panzer) ist der Name eines nicaraguanischen Dorfes in der Nähe von León, das 200 Familien, die im Hurrikan Mitch ihr ganzes Hab und Gut verloren hatten, zu einer neuen Heimat geworden ist. Damals, 1998, wollten sich die Opfer des Hurrikans nicht mit den Almosen der internationalen Katastrophenhilfe abspeisen lassen. Sie verließen die gefährlichen und wenig ertragreichen Handlagen der Vulkane, in die sie im Zuge der Ausbreitung der exportorientierten Landwirtschaft in den 50er Jahren vertrieben worden waren, um sich im sicheren Tiefland eine neue Lebensgrundlage zu schaffen. Mit einem initialen Akt der Selbsthilfe besetzen eine brach liegende Hacienda und eigneten sich damit das an, was in Nicaragua alleine eine nachhaltige Existenzsicherung garantiert: der Zugang zu Land. Die Unterstützung, die medico den Tanqueros in den Folgejahren zukommen ließ, war vielfältig: sie reichte von anfänglicher Nothilfe, über die Bereitstellung von Baumaterialien, die Vermittlung von Städteplanern, die landwirtschaftliche Beratung bis zur juristischen Unterstützung, um schließlich die Besetzung durch förmliche Landtitel legalisieren zu können. Heute ist El Tanque ein blühendes und wirtschaftlich selbständiges Dorf, dessen Bewohner selbstbewusst in die Zukunft schauen. Sie haben sich das Recht auf ein menschengerechtes Leben angeeignet und erfuhren dabei einen Beistand von außen, der es nicht bei der Milderung einer unmittelbaren humanitären Notlage bewenden lassen wollte.

Gonoshasthaya Kendra/Bangladesh

Gonoshasthaya Kendra (GK) ist eine gesundheitspolitische NGO, die Anfang der 70er Jahre im Zuge des kurzen, aber blutigen Unabhängigkeitskrieges von Bangladesh entstanden ist. Gonoshasthaya Kendra (dt. Volksgesundheitszentrum) macht seinem Namen alle Ehre. Etwa 1,7 Mio. Menschen in Hunderten von Dörfern versorgt GK heute und ist damit nach dem Gesundheitsministerium der zweit wichtigste Anbieter von Gesundheitsleistungen im Lande. GK betreibt Schulen für Basisgesundheitshelfer, mehrere Hospitäler, eine eigene medizinische

Fakultät, Kindergärten und Berufsbildungsprogramme für Frauen. Zuletzt ist die Arbeit von GK in der Debatte über die „Millennium Development Goals“ (MDG) in den Blickpunkt geraten, die zum Jahrtausendwechsel von der Staats- und Regierungschefs der Welt verabschiedet wurden. Denn während weltweit die Zweifel wachsen, ob den MDGs, darunter die Halbierung der Armut, die Zurückdrängung der Mütter- und Kindersterblichkeit, die Bekämpfung von armutsbedingten Krankheiten fristgerecht entsprochen werden kann, hat GK in seinem Wirkungsbereich alle gesundheitsbezogenen Ziele bereits erfüllt. Sehr gut lässt sich am Beispiel GK studieren, wie die MDGs sozusagen vom Kopf auf die Füße gestellt werden können. Das Rezept ist nicht eigentlich neu. Es ist die Primary Health Care-Strategie der WHO, die Gesundheit als gesellschaftliche Verantwortung begreift und deshalb im Zuge der Kommodifizierung von Gesundheit in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Leute von GK aber haben sich vom neoliberalen Diktum Maggi Thatchers, dass es Gesellschaftlichkeit eigentlich gar nicht geben („there is no such thing as society“), nicht irre machen lassen, sondern konsequent an der PHC-Strategie samt ihrer Prinzipien festgehalten. Und diese Prinzipien reichen weit über das Thema Gesundheit hinaus. Sie sind letztlich grundlegend für alle Gesellschaftsmodelle, die sich an partizipativer Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientieren. Es sind die Prinzipien: Integration, Partizipation, Autonomie und Solidarität.

Integration bedeutet zweierlei: einerseits das Bemühen, alle teilhaben zu lassen, andererseits integrierte Ansätze, die eine umfassende Antwort auf soziale Nöte geben. GK entschied, dass Gesundheit auf Land gehen muss, sich sozusagen nur von unten entwickeln kann und sich dabei mit Bildungsarbeit, der beruflichen Förderung von Frauen, der Einkommenssicherung etc. verbinden muss.

Selbst unter Bedingungen des Mangels sind Veränderungen möglich, wenn *Partizipation* keine Worthülse bleibt, sondern die Menschen wirklich selbst über ihre Belange entscheiden. Für die Leute von GK ist Partizipation sowohl ein demokratischer Grundsatz als auch die Basis für

die Aneignung von Kompetenz. Strikt lehnen sie die Phrasen vieler Hilfsorganisationen ab, die in Partizipation nur einen Trick sehen, um Menschen als Handlanger bei der Umsetzung einer von außen übergestülpten Hilfe einzusetzen.

Autonomie erfordert zuallererst die Entfaltung eigenen Wissens und schließlich der Aufbau solidarischer Ökonomien. So bedeutsam ärztliches Handeln sein mag, so notwendig ist seine Entmystifizierung im Alltag. GK zeigt, dass sich mit der Überzeugung, es nicht nur selbst tun zu müssen, sondern es auch selbst tun zu können, viel bewegen lässt. „Wir haben uns darum bemüht, die Verantwortung für die Gesundheit in die Hände von Dorfgesundheitshelfer zu legen“, sagt Dr. Zafrullah, der Leiter von GK und Träger des Alternativen Nobelpreises: „So sind nicht nur Jobs entstanden, sondern haben heute auch diejenigen Zugang zu Versorgungsangeboten, die diesen früher nicht hatten.“ (zit. nach Gebauer 2006).

Bemerkenswert ist, dass GK einen Großteil seines Budgets selbst erwirtschaftet. Dafür sorgen eigene Unternehmen, darunter eine Kleiderfabrik, eine Druckerei und zwei pharmazeutische Betriebe. Die Hälfte der von den GK-Betrieben erzielten Gewinne geht in die eigenen Sozialprogramme, die andere Hälfte wird re-investiert. Treuhänderisch verwaltet ein ehrenamtlicher Vorstand (engl. Trust) das weit reichende Geflecht von Aktivitäten, die GK tatsächlich zu so etwas wie einem „Trust“ (deutsch. Konzern) gemacht haben. Die Sozialstandards, die sich GK gegeben hat, haben nichts von einem nur kosmetischen Lifting, sondern sind fest in die Gründungsakte der Organisation eingeschrieben.

Peoples Health Movement/International

Es wäre falsch, aus solchen Erfolgen die Idee abzuleiten, man könne die staatlichen Institutionen gänzlich aus ihrer Verantwortung entlassen. So wichtig selbst bestimmte Eigeninitiative ist, so wichtig sind gesellschaftliche Übereinkünfte und Institutionen, die den sozialen

Rechten der Menschen verpflichtet sind. Auf Dauer wird auch GK die Erfolge, die es auf lokaler und nationaler Ebene erkämpfen konnte, nur halten können, wenn es auf globaler Ebene zu einem radikalen Politikwechsel kommt. Dafür streitet das „Peoples Health Movement“, das sich 2000 gebildet hat und dem Hunderte von kritischen Gesundheitsinitiativen aus aller Welt, so auch *medico international* angehören. Zweimal hat sich das PHM zu einer internationalen „Peoples Health Assembly“ getroffen und dabei eine eigene „Peoples Health Charta“ ausgearbeitet. Deren Ziele sind die Verteidigung von Gesundheit als öffentliches Gut (und damit die Zurückweisung aller weiteren Privatisierungstendenzen) sowie die Durchsetzung sozialer Rechte, um alle Menschen an allen Orten der Welt zu Trägern gleicher Rechte zu machen.

NGOs als Teil internationaler Öffentlichkeit

NGOs und deren internationale Vernetzungen mit lokalen Partnern und sozialen Bewegungen in aller Welt sind Teil einer sich derzeit herausbildenden internationalen Öffentlichkeit, ohne die eine Demokratisierung der globalen Verhältnisse nicht gelingen kann. Beispiele wie die Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL), die Bewegung vom Schutz der Biodiversität oder – aktuell – die Initiative zur Durchsetzung einer essentiellen Gesundheitsforschung zeigen, welche Kraft internationale Netzwerke entfalten können, wenn sie über alle Grenzen hinweg Öffentlichkeit mobilisieren. Vieles spricht dafür, dass der Erfolg der ICBL weit über die Mithilfe beim Zustandekommen des Minenverbots hinausgeht. Ihre eigentliche Leistung liegt in der Schaffung einer internationalen Öffentlichkeit, die über das Bekunden von Unbehagen und Kritik hinaus jene Kraft entwickeln konnte, schließlich auch das rechtliche bindende Verbot von Minen erzwingen zu können.

Ohne eine unabhängige internationale Öffentlichkeit werden weder die Kontrolle noch die Veränderung der bestehenden globalisierten Verhältnisse möglich sein. NGOs können dazu beitragen, wenn sie sich

ihrer öffentlichen Wurzeln bewusst blieben und aktiv zur Entfaltung von Gegenmachtpositionen beitragen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Naturschutzverbände, Hilfswerke, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen gemeinsam mit ihren Partner in aller Welt für das Menschenrecht auf freien Zugang zu Wasser streiten.

Unbedingte Voraussetzung ist, dass sich solche Praxiszusammenhänge international vernetzen. Es ist der transnationale Raum, in dem sich soziale Bewegungen heute neu herausbilden. Bewegungen, die wie das Peoples Health Movement von einer Vielzahl von sozialen Projekten, Basisinitiativen, NGOs, kritischen Intellektuellen und Verbänden aus aller Welt getragen werden, um für gemeinsame politische Ziele einzutreten und dabei gemeinsame Gegenmachtpositionen aufbauen. Nur einer solchen „Gegenmacht“ wird es gelingen, für die Demokratisierung der weltgesellschaftlichen Verhältnisse zu sorgen.

Emanzipatorische Politik und die menschenwürdige Gestaltung der sozialen Verhältnisse sind keine „Staatsaffäre“. Beides gelingt nur über die praktische Selbstorganisation und die Erzeugung einer kritischen Öffentlichkeit. NGOs können solche Demokratisierungsprozesse weder anleiten noch anstoßen. Sie können sie aber solidarisch begleiten, in dem sie zu einem Relais werden, über das soziale Beziehungen, materielle Ressourcen sowie Wissen und Erfahrungen zusammengeführt und ausgetauscht werden.

Kritischer Menschenrechtsbegriff

Gelegentlich taucht die Frage auf, was denn der Unterschied zwischen „Globalen Sozialen Rechten“ und den Menschenrechten ist. Im Prinzip meinen beide Begriffe das gleiche, dennoch geht der Begriff der „Globalen Sozialen Rechte“ weiter: er reflektiert die Tatsache, dass die Menschenrechte nur dort gelten, wo sie auch bürgerschaftlich gesichert sind.

Menschenrechte sind keine sakrale Angelegenheit, die vor einem imaginären Weltgericht eingeklagt werden können, sondern das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen. Das Terrain der Menschenrechte ist bis heute umkämpft. Keineswegs steht nur ein Zugewinn an Rechten auf der politischen Tagesordnung, sondern gerade auch die Aushöhlung und Rücknahme bereits realisiert geglaubter Rechte.

Es ist höchste Zeit, den emanzipatorischen Gehalt der Menschenrechte zu verteidigen. Dazu allerdings bedarf es eines kritischen Menschenrechtsbegriffs, der sowohl den politischen als auch den historischen Kontext der Menschenrechte berücksichtigt. Die Instrumentalisierung des Menschenrechtsdiskurses für sicherheitspolitische Zweck fällt nämlich auch deshalb so leicht, weil die Debatte über die Menschenrechte weitgehend entpolitisiert wurde. Gegen ein unpolitisches Verständnis von Menschenrechten hat sich vor allem Hannah Arendt immer wieder zur Wehr gesetzt. *„Als gleiche sind wir nicht geboren, Gleiche werden wir als Mitglieder einer Gruppe erst kraft unserer Entscheidung, uns gegenseitig gleiche Rechte zu garantieren“*, schrieb sie kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (Arendt 1949).

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung eigener Staatenlosigkeit erkannte Arendt, dass Rechte nichts wert sind, wenn sie nicht politisch durchgesetzt und gesichert werden. *„Die Menschenrechte sind keine Attribute einer wie immer gearteten menschlichen Natur, sondern Qualitäten einer von Menschen errichteten Welt“* (Arendt 1963). Nur als Teil eines rechtlich verfassten Kollektivs sichern sich die Menschen das Recht auf Freiheit und Gleichheit. Dagegen führt der soziale Ausschluss immer auch zur Rechtlosigkeit. Das *„Recht, Rechte zu haben“* (Arendt 1949) steht somit allen anderen Rechten voran.

Eben dieses grundlegende Recht, Rechte zu haben ist im Zuge neoliberaler Globalisierungsstrategien zunehmend ausgehöhlt wurden. Überall, nicht nur im globalen Süden, steht es aufgrund der Krise nationalstaatlicher Politik, der voranschreitenden gesellschaftlichen

Entsolidarisierung und der Ausgrenzung von Menschen unter Druck. Immer deutlich wird, dass unter globalisierten Verhältnissen die Verteidigung und Durchsetzung sozialer Rechte nur noch gelingt, wenn diese global ausgedehnt werden und alle Menschen an allen Orten der Welt zu Trägern gleicher Rechte werden. Ausdehnung meint dabei selbstverständlich nicht die Etablierung eines Weltstaates, wohl aber die Schaffung weltgesellschaftlicher Verhältnisse, die beispielsweise über ein Bündel von internationalen Verträgen für globalen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen. Ohne eine solche weltgesellschaftlichen Absicherung von Menschenrechte, ohne ihre globale politische und materielle Fundierung bleiben sie das, was sie heute sind: Rechte einer immer kleiner werdenden Gruppe von Privilegierten.

Es ist der politische Kampf um die Durchsetzung von Menschenrechten, der in dem Begriff der „Globalen Sozialen Rechte“ zum Ausdruck kommt. Derart beschreiben die „Globalen Sozialen Rechte“ weniger ein neues politisches Ziel, als vielmehr eine neue Strategie, um die Menschenrechte sozusagen vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Zur Bekämpfung der globalen Gesundheitskatastrophe ist beispielsweise ein System von völkerrechtlich geregelten Ausgleichsfinanzierungen denkbar, mit dem die wohlhabenden Länder für die Gesundheitsbedürfnisse der ärmeren aufkommen. Die WHO schätzt, dass jährlich 104 Mio. Haushalte aufgrund exorbitant hoher Gesundheitskosten in die Armut getrieben werden. Angesichts von öffentlichen Gesundheitsausgaben von 8 Dollar pro Kopf und Jahr, wie dies in manchen Ländern Afrikas der Fall ist, kann von leistungsfähigen öffentlichen Versorgungssystemen keine Rede sein. Abhilfe wäre unmittelbar möglich, in dem das Prinzip gemeinsamer Risikoteilung, das den Kern von solidarischen Krankenversicherungen bildet, aufgegriffen und internationalisiert werden würde. Beistand in Notlagen wäre dann weder vom Wohlverhalten von Hilfsbedürftigen, noch von eigennützigen Überlegungen der Helfenden und auch nicht von medialen Konjunkturen abhängig.

Utopie? Keineswegs. Auch wenn hierzulande das Solidarprinzip Schritt für Schritt ausgehöhlt wird, zeigen Projekte wie in das Bangladesh, das selbst unter Armutbedingungen solidarische Krankenversicherungen möglich sind. 8.000 Familien sind Mitglied der von Gonoshasthaya Kendra in Eigeninitiative organisierten Krankenversicherung. Ein Beispiel funktionierender solidarischer Ökonomie, aber auch ein Beispiel dafür, dass eine andere Welt nicht nur möglich ist, sondern schon heute aufscheint. Sie entsteht parallel zu den überkommenen Strukturen und drängt darauf, diese zu verändern. Angesichts der katastrophalen Bilanz neoliberaler Globalisierungsstrategien kommt einzig noch dem utopischen Denken Realismus zu. Dagegen ist das Verharren im Bestehenden, das Diktum von der „Alternativlosigkeit“ nur noch Ideologie.

Literatur

Agamben, Giorgio (2002): Homo Sacer, Frankfurt a.M.

Arendt, Hannah (1949): Es gibt nur ein einziges Menschenrecht, in: Dolf Sternberger (Hrsg.): Die Wandlung I, Heidelberg, S. 754-770

Arendt, Hannah (1963): Über die Revolution, München

Bourdieu, Pierre (2001): Aufruf gegen die Politik der Entpolitisierung, Berlin

Gebauer, Thomas (2004): Mit den Menschenrechten in den Krieg? Die Krise des Humanitarismus. Weblink: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden>

Gebauer, Thomas (2006): Die Pillendreher von Dhaka, in: medico-rundschreiben 3/06, Frankfurt

Gebauer, Thomas (2007): Kampagnenarbeit im Wandel?

Nichtregierungsorganisationen zwischen Moraldiskurs und Machtethik, in:
Frauke Banse/Anne Jung (Hrsg.): Was tun? Kritische Kampagnenarbeit in
Zeiten der Globalisierung, Frankfurt a. M.

medico international (Hrsg.) (2003): Macht und Ohnmacht von Hilfe.
Konferenzdokumentation in medico-report 25, Frankfurt a.M.

„Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-,
Gesundheits- und Sozialbereich“ (2006); Heft 100: „Was ist heute kritische
soziale Arbeit?“, Offenbach